

## **P r o t o k o l l**

### **der 4. Sitzung des Begleitausschusses Technisches Rathaus am 01. Juli 2010 im Bürgerschaftssaal**

**Beginn: 16:00 Uhr**

**Ende: 17:40 Uhr**

#### Anwesenheit

Herr Norbert Braun  
Frau Bettina Bruns  
Herr Thomas Mundt i. V. für Herrn Erich Cymek  
Frau Yvonne Görs  
Herr Torsten Hoebel von 16:08 Uhr bis 17:15 Uhr  
Herr Dr. Andreas Kerath  
Frau Edda Krille  
Herr Christian Kruse  
Herr Jürgen Liedtke  
Herr Franz-Robert Liskow  
Herr Gerhard Meyersieck  
Frau Anja Reuhl  
Herr Dr. Jörn Kasbohm

#### Verwaltung

Herr Hochheim  
Frau Jüngling  
Herr Kaiser  
Herr Hauck  
Frau Reiche  
Herr Kremer  
Herr Wille  
Frau Demuth  
Herr Niemann  
Frau Resch  
Herr Wilke

#### Gäste

Herr Dr. Gerhard Bartels MdBS  
Herr Markendorf BauBeCon Sanierungsträger GmbH  
Herr Niehenke Architekt der BauBeCon Sanierungsträger GmbH  
Herr Winkler, F. Projektsteuerer  
Herr Lüthen  
Frau Hase Ostsee-Zeitung

## **Tagesordnung:**

1. Sitzungseröffnung
2. Abstimmung der Tagesordnung
3. Statusbericht der Verwaltung zu aktuellen Entwicklungen: Gibt es noch Veränderungen der vorgelegten Varianten oder Nachträge, Stand Raumplanung, Problem Planungsbeauftragung
4. Entwurf Beschlussvorschlag: Vorlage Braun: Variantenempfehlung, Sicherheitsvorbehalt Fördermittel, Neuausschreibung Planungsleistungen für zukünftige Leistungen, evtl. Vorbehalt Raumplanung, Empfehlung zur Überprüfung der generellen Zusammenarbeit mit BauBeCon
5. Empfehlung zu den Sonderthemen OSO und Geothermie
6. Zukunft des Ausschusses: Auflösung, inaktiv weiter vorhalten, regelmäßig weiter tagen
7. Informationen des Ausschussvorsitzenden
8. Bestätigung des Protokolls vom 17.06.2010
9. Sonstiges
10. Schluss der Sitzung

### *Zu TOP: 1. Sitzungseröffnung*

Der Ausschussvorsitzende, Herr Braun, eröffnet die 4. Sitzung des Begleitausschusses Technisches Rathaus und begrüßt alle Anwesenden.

---

### *Zu TOP: 2. Abstimmung der Tagesordnung*

Herr Braun schlägt vor, den TOP 6. „Zukunft des Ausschusses: Auflösung, inaktiv weiter vorhalten, regelmäßig weiter tagen“ zu vertagen, da es mindestens eine weitere Sitzung des Begleitausschusses geben wird.

Der durch die Grünen kurzfristig per E-Mail versandte Antrag zum Stadtarchiv wird unter TOP 4 mit behandelt.

**Der so geänderten Tagesordnung wird mehrheitlich zugestimmt.**

---

*Zu TOP: 3. Statusbericht der Verwaltung zu aktuellen Entwicklungen: Gibt es noch Veränderungen der vorgelegten Varianten oder Nachträge, Stand Raumplanung, Problem Planungsbeauftragung*

Herr Hochheim informiert über den gegenwärtigen Stand der Raumbelegung auf der Grundlage eines zwischen Amt 10 und den übrigen Ämtern abgestimmten Konzepts zur Variante 3. **Anlage 1** gibt Aufschluss über die Anzahl der unterzubringenden Mitarbeiter und deren Verteilung, wobei die Übersicht eine Planungsgrundlage darstellt (es werden hier noch 236 Arbeitsplätze ausgewiesen). Eine die Kreisgebietsreform berücksichtigende Trennung der Mitarbeiter in städtische und ggf. zukünftig kreisliche ist hierin noch nicht vorgenommen worden. Auch sei die Unterbringung des Gesundheitsamts hier noch in der Post vorgesehen. Die Unterbringung des Stadtarchivs hingegen sei ein Gedanke gewesen, der die Umsetzung des OSO-Konzepts zur Voraussetzung gehabt hätte, die nun aber nicht durchgängig erfolgen soll.

Auf Nachfrage des Ausschussvorsitzenden macht Herr Hochheim kurze Ausführungen (soweit in öffentlicher Sitzung vertretbar) zur aktuellen Konfliktlage zwischen Universitäts- und Hansestadt Greifswald und BauBeCon Sanierungsträger GmbH.

---

*Zu TOP: 4. Entwurf Beschlussvorschlag: Vorlage Braun: Variantenempfehlung, Sicherheitsvorbehalt Fördermittel, Neuausschreibung Planungsleistungen für zukünftige Leistungen, evtl. Vorbehalt Raumplanung, Empfehlung zur Überprüfung der generellen Zusammenarbeit mit BauBeCon*

Der Ausschussvorsitzende stellt einen mehrteiligen Beschlussvorschlag vor und erläutert diesen im Einzelnen.

**Anlage 2** zeigt zusätzlich eine Worst Case Variante, bei der die Fördermittel in der Variante 3 auf die Summe beschränkt sind, die bereits durch das Ministerium grundsätzlich zugesagt und bewilligt wurden. Eine Überschreitung der zugesagten Summe um ca. 10% wäre hier tolerierbar. Größere Abweichungen bedürften jedoch einer neuen Zusage durch das Ministerium.

Nach detaillierter geführter Diskussion lässt der Ausschussvorsitzende über die folgenden, abschließend formulierten Punkte der Beschlussvorlage (**Anlage 3**) einzeln abstimmen:

*Beschlussvorschlag:*

*Zum Zwecke der weiteren Zentralisierung der Verwaltung am Standort der Alten Post beschließt die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald:*

- 1. Das Vorhaben der Sanierung der Alten Post mit allen 3 Anbauten soll als die wirtschaftlichste Variante der Verwaltungsunterbringung fortgeführt werden auf Basis der Planzahlen zu Variante 3.*

**Abstimmung: Mit 12 Ja- Stimmen und einer Gegenstimme zugestimmt.**

2. *Vor Aufhebung des vom Oberbürgermeister verhängten Auftragsstopps und vor Fortführung der in Rede stehenden Baumaßnahme ist die Bürgerschaft über die förderrechtliche Anerkennung des beim Landesförderinstitut vorliegenden und abschließend noch zu prüfenden Änderungsantrags vom 15.05.2010 zu unterrichten. Anschließend ist die grundsätzliche Zustimmung des Ministeriums für Verkehr, Bau und Landesentwicklung zu dieser Maßnahme einzuholen.*

**Abstimmung: Mit 13 Ja- Stimmen zugestimmt.**

3. *Auf die durchgängige Umsetzung des Bürokonzepts „Open Space Office“ und auf die hierfür erforderliche kontrollierte Raumbelüftung mit Wärmerückgewinnung wird verzichtet. Die sich hieraus ergebende Kostenreduzierung wird dem LFI mitgeteilt.*

**Abstimmung: Mit 12 Ja- Stimmen und einer Stimmenthaltung zugestimmt.**

4. *Die mit Beschlusses B440-29/07 vom 10.12.2007 zur Zentralisierung der Verwaltung erfolgte Beauftragung der BauBeCon Sanierungsträger GmbH wird aufgehoben, soweit diese zum Gegenstand hatte, die zur Realisierung des Vorhabens erforderlichen Aufträge auszulösen. Damit verbunden ist der sofortige Übergang der Bauherrenfunktion von der BauBeCon Sanierungsträger GmbH auf die Stadt. Die HOAI-Planungsleistungen für die Phase 5 - 9 sind ggf. europaweit neu auszuschreiben.*

**Abstimmung: Mit 6 Ja- Stimmen, einer Gegenstimme und 6 Stimmenthaltungen zugestimmt.**

5. *Die Vorlage der zwischen Verwaltung und Ämtern abgestimmten Raumplanung zur Endfreigabe durch den Begleitausschuss vor Aufhebung des Auftragsstopps.*

**Abstimmung: Mit 13 Ja- Stimmen zugestimmt.**

6. *Die Überprüfung der Zusammenarbeit mit der BauBeCon Sanierungsträger GmbH.*

**Abstimmung: Mit 9 Ja- Stimmen und 4 Stimmenthaltungen zugestimmt.**

---

Zu TOP: 5. *Empfehlung zu den Sonderthemen OSO und Geothermie*

Bei den Kosten für die Geothermie handelt es sich um reine Mehrkosten. Mit der Bohrpfahlgründung würden, neben der Nutzung der Gründungsbohrlöcher, zusätzlich Erdwärmesonden bis in 110 Meter Tiefe gesetzt werden.

Nach Aussage durch Frau Reuhl sind CO<sub>2</sub>- Bilanzen von

---

Geothermieanlagen nicht unbedingt besser als die von Fernwärmeanlagen.

Vorgesehen ist die kombinierte Nutzung von Fernwärme (Abfangen der Spitzenlasten) und Geothermie (Grundlastversorgung), wobei nur die Fernwärmenutzung laufende Kosten verursacht.

Frau Reuhl wünscht die Herausnahme der Geothermie aus der Sachdarstellung zur Beschlussvorlage und stattdessen die Zuordnung in die Beschlussempfehlung.

Der Ausschussvorsitzende stellt daraufhin zur Abstimmung, ob Geothermie im Postgebäude und seinen Anbauten durchgeführt werden soll, unter der Maßgabe, dass die Fördermittel wie geplant zur Verfügung gestellt werden.

**Der Ausschuss lehnt dies mit 2 Ja- Stimmen, 3 Gegenstimmen und 7 Stimmenthaltungen ab.**

Der Beschlussvorschlag wird um folgenden Punkt 7 entsprechend erweitert:

*7. Auf den Einsatz von Geothermie zur Wärmeversorgung wird zugunsten der Fernwärme verzichtet.*

Durch die Grünen wird zum Stadtarchiv folgender Beschlussvorschlag eingebracht (verlesen durch den Ausschussvorsitzenden):

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unverzüglich den Bürgerschaftsbeschluss ... vom 6.11.2006 bezüglich Punkt 5, Unterbringung des Stadtarchivs, umzusetzen. Die Umsetzung hat in enger Absprache mit dem Leiter des Stadtarchivs zu erfolgen. Der Bürgerschaft werden bis zur Haushaltsdiskussion für das Jahr 2011 Standortvorschläge benannt, sowie eine Kostenschätzung für einen Umzug des Stadtarchivs in die neuen Räumlichkeiten vorgelegt.*

Über die besonderen Anforderungen an die Unterbringung eines Stadtarchivs soll, auf Nachfrage von Herrn Kruse, in einer nächsten Ausschusssitzung durch die Verwaltung informiert werden.

**Auf Antrag der CDU wird mit 7 Ja- Stimmen und 5 Gegenstimmen der 2. Satz des Beschlussvorschlags, „Die Umsetzung hat in enger Absprache mit dem Leiter des Stadtarchivs zu erfolgen“, gestrichen.**

**Dem mit o. g. Antrag geänderten Beschlussvorschlag wird mit 11 Ja- Stimmen und einer Stimmenthaltung zugestimmt.**

Der Beschlussvorschlag wird nicht Bestandteil der in **Anlage 3** enthaltenen Beschlussvorlage.

---

Zu TOP: 7. Informationen des Ausschussvorsitzenden

Keine.

---

*Zu TOP: 8. Bestätigung des Protokolls vom 17.06.2010*

**Das Protokoll vom 17.06.2010 wird einstimmig bestätigt.**

---

*Zu TOP: 9. Sonstiges*

Keine Anmerkungen.

---

*Zu TOP: 10. Schluss der Sitzung*

Ende der Sitzung um 17:40 Uhr.

---

gez. Norbert Braun  
Ausschussvorsitzender

gez. Jens Wilke  
für das Protokoll

Anlagen:

Anlage 1: Raumbellegung Stadthaus

Anlage 2: Investitionsvergleich

Anlage 3: BS Vorlage Zentralisierung der Verwaltung